

**Antrag 79/II/2021****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Willkürliche und neokoloniale Identitätsfeststellung und Abschiebepaxis nach Westafrika beenden - Rechtsstaatlichkeit muss auch für die schwächsten der Gesellschaft gelten**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des  
 2 Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, sich dafür  
 3 einzusetzen, die Praxis der Identitätsfeststellung durch  
 4 Delegationen afrikanischer Staaten und die damit einher  
 5 gehenden Abschiebepaxis auszusetzen, solange:
- 6 • es keine feststehenden und tauglichen Kriterien für  
 7 die Identitätsfeststellung gibt. Es müssten klare und  
 8 unter deutschem Recht belastbare Belege für die  
 9 vermutete Staatsbürgerschaft durch Dokumente er-  
 10 bracht werden können. Äußerliche Merkmale dür-  
 11 fen hier keine Kriterien sein.
  - 12 • unverhältnismäßige Zwangsvorfürungen unter  
 13 Gewaltanwendung, die das Verwaltungsgericht  
 14 Berlin durch Urteile vom Februar 2021 mehrfach als  
 15 rechtswidrig erklärt hat, nicht auszuschließen sind
  - 16 • Finanzielle Bereicherung der Mitglieder der Delega-  
 17 tionen und der entsendenden Staaten nicht ausge-  
 18 schlossen werden kann. Weder das Land Berlin, noch  
 19 Bundesstellen wie die Bundespolizei dürfen Hand-  
 20 geld oder andere Gratifikationen für die Ausstellung  
 21 von Papieren bezahlen. Korruption muss bekämpft  
 22 und ausgeschlossen werden.
  - 23 • die Mitglieder dieser Delegationen ihre Legitimi-  
 24 tion und Qualifikation nicht nachweislich und glaub-  
 25 haft darlegen können
- 26

**Empfehlung der Antragskommission  
vertagt (Konsens)**

**Stellung FA III zum LPT II-2021: Empfehlung Vertagung**  
 Begründung: Der Fachausschuss plant eine eigene Anhö-  
 rung zu dem Thema durchzuführen, da die im Antrag mit-  
 geteilten Angaben zu vage für eine fachlich fundierte Be-  
 schlussempfehlung sind. So wird die angebliche bisherige  
 Praxis nur in groben Zügen und ohne Nachweise oder Be-  
 lege lediglich behauptet. Der Fachausschuss wird sich da-  
 her auf einer Sitzung im I. Quartal 2021, zu der auch eine  
 Vertretung des Antragstellers hinzugeladen werden wird,  
 vertieft mit der Sache befassen, um dem nächsten Landes-  
 parteitag eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu bie-  
 ten.

**LPT II-2021: vertagt auf LPT I/2022**